



Vom Hochsitz aus kann der Bauer ein einzelnes Tier ins Visier nehmen und mit einem Schuss gezielt betäuben.

KARIN HOFER / NZZ

## Tod auf der Weide

Ein Bauernhof auf der Forch führt erstmals Versuche mit Weideschlachtung durch

Keine Trennung von der Herde, kein Stress im Transporter, keine Panik beim Gang zum Metzger: Die Schlachtung auf der Weide ermöglicht Rindern einen sanften Tod in der gewohnten Umgebung. Doch das Veterinär- amt schaut genau hin.

Christina Neuhaus

Wir leben in seltsamen Zeiten: Tötet ein TV-Moderator öffentlich ein Kaninchen, droht ein Tsunami der Empörung den verantwortlichen Sender hinwegzureissen; wird in der Stadt ein Baum gefällt, organisieren Anwohner eine Mahnwache für die um ihr Gelege gebrachten Vögel. Pelz zu tragen, ist des Teufels, ein wenig Tierfell am Kragen der Winterparka stört aber kaum einen. Fleisch darf bei den Schweizern gern und oft von Bio-Qualität sein – wie das Tier, das das Fleisch geliefert hat, ums Leben kam, kümmert die Konsumenten hingegen nicht.

### Todesängste

Nils Müller und Claudia Wanger, die auf der Forch einen Bauernhof betreiben, haben hingesehen. Sie haben sogar sehr genau hingesehen und sind dann tätig geworden. Das Paar bewirtschaftet den Hof seit vier Jahren und hat ihn nach seinen Vorstellungen umgebaut. Die Pferde leben als Herde, die Schweine können sich im Dreck suhlen, und die Angus-Kühe sind im Sommer auf der Alp. Nur mit etwas konnten sich die beiden nicht anfreunden: mit der Art, wie

die Rinder in der Schweiz geschlachtet werden. Da die Hofschlachtung von Rindern in der Schweiz nicht gestattet ist, müssen die Tiere zum Schlachthaus transportiert werden, was gerade für Tiere aus Mutterkuhhaltung mit Stress verbunden ist. Im Schlachthof erleiden sie dann buchstäblich Todesängste. Eingepfercht mit ebenso unglücklichen Artgenossen, warten sie in Buchten, bis sie abgeführt werden. Wie stark die Kälber und Rinder auf das angstvolle Muhen ihrer Vorgänger, auf den Geruch nach Blut und Schweiss reagieren, weiss jeder, der einmal an einer Dorfmetzgerei vorbeigekommen ist.

Nils Müller und Claudia Wanger wussten, dass sie ihren Tieren keinen anonymen Industrietod zumuten wollten. Sie stellten den Kontakt zu einem bayrischen Pionierbetrieb her, der sich dafür eingesetzt hatte, Bauern und Metzger in der Region wieder zusammenzubringen. Mithilfe des Forschungsinstituts für biologischen Landbau in Frick starteten sie schliesslich den Gang durch die Ämter. Es brauchte einiges, bis das zuständige Veterinär- amt endlich seine Zustimmung gab. Ein erster Antrag wurde abgelehnt.

Erst als Nils Müller und Claudia Wanger systematisch zu Werke gingen, hatten sie Erfolg. Dank der finanziellen Unterstützung der Tierschutzorganisation Vier Pfoten Schweiz konnten sie zwei spezialisierte Anwälte zuziehen, welche die Dokumentation übernahmen. Sie zeigten auf 30 Seiten minuziös auf, was alles berücksichtigt werden muss, damit bei einer Weideschlachtung die Schlachthofverordnung eingehalten werden kann. Es folgten Versuche mit Projektilen, Besuche im Ausland und

Rücksprachen mit Experten, bis das Amt schliesslich eine beschränkte Bewilligung erteilte.

### Andere Tiere merken wenig

Zehn Tiere dürfen auf der Forch nun direkt auf der Weide getötet und an Ort und Stelle ausgeblutet werden. Zu diesem Zweck absolvierte Müller extra die Jagdprüfung und liess auf einer Koppel einen Hochstand erbauen. An einem Schlachttag wird die ganze Herde in die Koppel getrieben, damit Müller eines von ihnen ins Visier nehmen und mit einem gezielten Schuss in den Kopf betäuben kann. Innert 90 Sekunden muss der Bauer dem Tier nun einen Stich versetzen, damit es ausbluten kann. Danach wird das tote Rind in einen Spezialtransporter verfrachtet und zu Metzger Patrick Föllmi nach Küsnacht gebracht, wo es fachgerecht zerlegt wird.

An einem Medienanlass auf der Forch haben die Bauersleute, die Experten vom Forschungsinstitut in Frick und Tierschutzvertreter am Dienstagmorgen nun eine positive Zwischenbilanz gezogen. Die bisherigen Erfahrungen hätten gezeigt, dass die Tiere kaum Stress hätten und dass der ganze Vorgang ohne Verstösse gegen Hygienevorschriften ablaufe. Auch die überlebenden Tiere reagieren nicht mit Angst und Entsetzen. Kühe können nicht abstrahieren. Unruhig werden sie erst, wenn ein Tier neben ihnen brüllt, schwitzt und zittert. Den sanften Tod auf der Weide nehmen sie kaum wahr.

Video zum Schlachtvorgang unter: <http://www.bio-aktuell.ch/de/tierhaltung/rindvieh/weidemast/weideschlachtung/weideschlachtung-film.html>

## Aktionsgruppe kritisiert die Behindertenpolitik des Kantons

Der Regierungsrat soll ein Konzept ausarbeiten

Zürich sei zu wenig darauf vorbereitet, dass bald viele Menschen mit Behinderungen ins AHV-Alter kommen, findet eine neu formierte Aktionsgruppe.

*jhu.* · In der Schweiz leben rund 1,4 Millionen Menschen mit einer körperlichen oder geistigen Behinderung. Auch bei ihnen nimmt die Zahl jener zu, die ins AHV-Alter kommen. Kann man ihren besonderen Bedürfnissen gerecht werden? Auf diese Frage habe der Kanton Zürich noch keine schlüssige Antwort, finden fünf namhafte Organisationen, die sich am Dienstag zum Aktionskreis Behindertenpolitik Zürich (AKB) zusammengeschlossen haben.

### Drohender Leistungsabbau

Ein zentrales Problem sieht der AKB beim Übergang ins Rentenalter. Weil die Zuständigkeit von der IV zur AHV wechselt, komme es bisweilen zu einem Leistungsabbau: «So bezahlt die IV beispielsweise Hörgeräte für beide Ohren, die AHV nur für ein Ohr», sagt Jolanda Lötscher, Geschäftsführerin von InsoS Zürich. Für Personen mit zusätzlicher Sehbehinderung sei es wichtig, für die räumliche Wahrnehmung auf beiden Ohren etwas hören zu können. Problematisch sei die Situation insbesondere für jene, die aufgrund ihrer Behinderung in einer sozialen Institution leben. Sobald sie intensive pflegerische Massnahmen brauchen, müssen sie in ein Pflegeheim übertreten. «Der Schritt, ihr gewohntes Umfeld zu verlassen, ist für Menschen mit einer geistigen Behinderung enorm schwierig», sagt Andreas Paintner, Vorstandsmitglied von Curaviva Zürich und Betriebsleiter der Winterthurer Brühlgut-Stiftung. Mit dem Kanton hätten sie zwar eine Vereinbarung, dass jene, die bereits vor dem 65. Geburtstag in der Institution

lebten, möglichst bis ans Lebensende bleiben können. Eine klare gesetzliche Regelung für die Finanzierung fehle aber, anders als zum Beispiel im Kanton Zug. Personen im AHV-Alter könnten sie nicht mehr aufnehmen. «Ich muss Leuten raten, vor ihrem 65. Geburtstag bei uns einzutreten, damit sie bleiben können», so Paintner.

### Bedarf sauber abklären

Die kantonalen Sektionen von InsoS, Insieme, Pro Infirmis, Curaviva sowie die Behindertenkonferenz fordern vom Kanton ein Konzept für die Betreuung von Behinderten im Alter. «Eine Wahlmöglichkeit beim Wohnen wie auch bei den benötigten ambulanten oder stationären Dienstleistungen muss ebenso gewährleistet sein wie Räume für Erlebnis- und Erfahrungswelten und Aktivitäten in Tagesstrukturen», schreibt der AKB in einem Positionspapier. Ausserdem fordert er die Kantonsregierung dazu auf, den künftigen Bedarf sauber abzuklären. Weil die Planung für die Pflegeheime auf Gemeindeebene, die Planung für Behindertenheime aber auf Kantonsebene stattfindet, seien die Bereiche nicht gut aufeinander abgestimmt. Hier müsse der Kanton aktiv werden.

Der Kantonsrat hatte 2013 ein Postulat überwiesen, das vom Regierungsrat einen Bericht zum Umgang mit Invalidität im Alter verlangte. Im Bericht der Exekutive schrieb der Regierungsrat, dass nicht klar sei, wie viele Menschen mit Behinderung ins AHV-Alter kommen. Da deren Zahl aber zunehme, sollen zusätzliche Plätze geschaffen werden. Ausserdem wurde eine beratende Kommission gebildet, in der auch die Behindertenorganisationen Einsitz haben. Dort sei man mit den Anliegen aber nicht durchgekommen, sagt Lötscher. Seitens des Sozialamts habe man von Einzelfällen gesprochen und keinen Handlungsbedarf gesehen. Mit der Aktionsgruppe wollen sie Druck aufbauen.

## Stadtwerk will mehr Geld

Winterthur stimmt über 70 Millionen Franken ab

*flu.* · Ob mit Holzschnitzeln, Sonnenenergie oder Gas betrieben: Energieanlagen von Stadtwerk Winterthur sind gefragt, das Geschäft mit dem sogenannten Contracting blüht, wobei der städtische Energieversorger die Anlagen finanziert, baut, betreibt und wartet. Der letzte Rahmenkredit von 40 Millionen Franken, den das Stimmvolk erst vor drei Jahren bewilligt hat, wird bald ausgeschöpft sein. Weil Stadtwerk das Wachstum in diesem Geschäftsfeld weiter forcieren will, beantragt es einen weiteren Rahmenkredit von 70 Millionen Franken, über den die Winterthurer Stimmbevölkerung am Sonntag abstimmen wird. Derzeit beliefert Stadtwerk über 200 Liegenschaften wie das Einkaufszentrum Neuwiesen oder das Sulzerareal Stadtmitte mit Energie, wobei diesen Wärme- oder Kühlanlagen langfristige Verträge zugrunde liegen.

### Viel mehr beantragt

Die Chancen für ein Ja zu der Vorlage stehen nicht schlecht. Diese hat allerdings nicht mehr viel gemeinsam mit dem ursprünglichen Antrag, wie ihn der Stadtrat im letzten Herbst präsentiert hatte. Darin war nämlich nicht nur von einem Rahmenkredit in der Höhe von 95 Millionen Franken die Rede, Stadtwerk und Stadtrat wollten auch ihre Kompetenzen für die Genehmigung neuer Verträge massiv ausbauen. Zudem sollte Stadtwerk künftig um keine Rahmenkredite mehr nachfragen müssen, sondern das Geld bis zu einer Limite von 170 Millionen Franken selber verwalten dürfen.

Bei allem Goodwill, den das Energie-Contracting unter Gemeinderäten genießt, so viele Freiheiten wollte das Stadtparlament seinen Werken dann

doch nicht gewähren und stutzte das Geschäft unter Federführung der Bürgerlichen massiv zurecht. Die Kompetenzen für neue Vertragsabschlüsse, zum Beispiel für Holzschnitzelheizungen oder Quartierwärmeverbünde, blieben die alten, und die Idee der Kreditlimite erwies sich bei näherem Hinsehen als nicht gesetzeskonform. Weiter wurde der Rahmenkredit um 25 Millionen Franken gekürzt, wobei ihn FDP und SVP gerne noch weiter gesenkt hätten. Sie wollten damit verhindern, dass Stadtwerk kurz vor der geplanten Verabschiedung in wenigen Jahren noch riskante Projekte eingehen kann. Der Stadtrat beabsichtigt, die Energieversorgung aus der Verwaltung auszugliedern, wie er diese Woche mitgeteilt hat.

Der Gemeinderat bewilligte schliesslich die Summe, die jetzt dem Volk vorgelegt wird, und liess bei seinem Entschcheid auch etwas Lokalpatriotismus durchschimmern: Der lokale Markt für Contracting-Anlagen soll nicht anderen parastaatlichen Konkurrenten wie beispielsweise Energie 360 Grad, ehemals Erdgas Zürich, überlassen werden.

### Biorender als Menetekel?

Gegen den Rahmenkredit stellt sich einzig die SVP, die nicht nur findet, die finanzielle Situation der Stadt verbiete es, Gelder für riskante Projekte zur Verfügung zu stellen, sondern das Energie-Contracting auch im selben Atemzug mit dem Fiasco um die Biorender AG nennt, an der die Stadt beteiligt war und die in Konkurs ging. Das Pro-Komitee aus SP, Grünen, GLP, EVP, CVP und BDP betont demgegenüber, die Anlagen refinanzierten sich selbst und leisteten einen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion und zur 2000-Watt-Gesellschaft.

## Etwas weniger Arbeitslose

Saisonal bedingter Rückgang

*isc.* · Die Arbeitslosigkeit ist im Mai von 3,5 Prozent auf 3,4 Prozent gesunken. Wie das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) mitteilt, waren Ende Monat 26 815 Personen arbeitslos gemeldet, 839 weniger als im Vormonat. Saisonal bedingt gab es weniger Arbeitslose im Baugewerbe (-263), bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (-114) und im Gastgewerbe (-75). Im Detailhandel entspannte sich die Lage auch. Da die Arbeitslosigkeit in der Regel zeitverzögert zur wirtschaftlichen Abschwächung reagiert, rechnet das AWA in den kommenden Monaten mit einer steigenden Quote.

## Halbzeit an der Europaallee

Grundstein gelegt für Europaplatz und weitere Bauetappen

*tox.* · Vier von insgesamt acht Bauetappen an der Zürcher Europaallee sind mittlerweile abgeschlossen, und die Häuser sind bezogen. Am Dienstag haben die SBB drei neue Projekte in Angriff genommen. So wird der Zugang vom Bahnhof Löwenstrasse her verbreitert, damit neue Läden Platz haben. Die Passage bleibt während der Bauarbeiten geöffnet. Im Beisein von Gästen wurde ferner der Grundstein für den Europaplatz gelegt. Direkt unter diesen 6000 Quadratmeter messenden Platz kommt eine Parkierungsanlage für 1800 Velos zu stehen, die 2017 eröffnet werden soll. Gleichzeitig haben die Arbeiten auf den zwei zentralen Bau-

feldern direkt an den Bahngleisen begonnen. Hier wird in die oberen Stockwerke die Firma Google einziehen, während in den Erdgeschosses weitere Läden und Gastronomiebetriebe entstehen. Bis 2019 beziehungsweise 2020 sollen auch diese Bauten fertig sein. Neuerdings kann man die Baustelle übrigens von einer Aussichtsplattform an der Europaallee 43 aus beobachten.

Im Endausbau sollen sich täglich 13 000 Personen im neuen Quartier beim Zürcher Hauptbahnhof aufhalten. Neben drei Schulen wird es 400 Wohnungen geben, über 60 Läden, Restaurants und Bars, ein Kino, ein Hotel und eine Seniorenresidenz.